



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzeder, Barbara Fuchs, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Anna Schwamberger, Gabriele Triebel** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Strukturen und Prozesse für erfolgreiche bayerische Nachhaltigkeitspolitik I: Nachhaltigkeitsziele jetzt verankern!

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bekräftigt die Bedeutung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und der globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) als international verbindlichen, generationenübergreifenden Handlungsrahmen zur Verwirklichung von sozialer, ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit.
2. Der Landtag erkennt an, dass mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung ein neues Kapitel der internationalen Nachhaltigkeitspolitik aufgeschlagen wurde, da die zugehörigen Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (SDGs) erstmals auch für Industrieländer verbindlich und unmittelbar handlungsleitend sind. Dies stellt einen konkreten Handlungsauftrag auch für Bayern dar, die eigene Lebens- und Wirtschaftsweise auf den Prüfstand zu stellen.
3. Der Landtag nimmt mit Sorge zur Kenntnis, dass weder Deutschland noch Bayern aktuell auf dem Weg sind, alle Ziele bis 2030 rechtzeitig zu erreichen und die Coronakrise einen deutlichen Rückschlag bei der Zielerreichung zur Folge hat. Der Landtag schließt sich daher dem dringenden Appell des UN-Generalsekretärs an, der für die Jahre 2020 bis 2030 eine Dekade des Handelns ausgerufen und eine drastische Verstärkung der Umsetzungsbemühungen gefordert hat.
4. Der Landtag fordert, die aktuell in der Weiterentwicklung befindliche bayerische Nachhaltigkeitsstrategie systematisch aus den SDGs herzuleiten.
5. Der Landtag betont, dass die Verwirklichung von Nachhaltigkeit eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, die die breite Beteiligung und Mitwirkung von allen gesellschaftlichen Akteuren, jeder einzelnen Bürgerin und jedem einzelnen Bürger sowie ausgewiesenen Expertinnen und Experten erfordert. Das muss sich in der Neufassung der bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie ebenso wie in ihrem Erarbeitungsprozess widerspiegeln.
6. Um dem bereits bestehenden Anspruch von Nachhaltigkeit als Leitbild und langfristigen Orientierungsrahmen für die Politik auch zur praktischen Umsetzung zu verhelfen, müssen die notwendigen Strukturen und Prozesse für eine erfolgreiche und effektive bayerische Nachhaltigkeitspolitik jetzt etabliert werden.

Begründung:

Die fortschreitende Klimakrise, die nur unzureichend aufgearbeitete Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2008 und die akute Coronakrise, welche soziale Missstände offenlegt: Sie sind Teil einer übergeordneten Nachhaltigkeitskrise. Diese zu bewältigen ist die größte Menschheitsaufgabe des 21. Jahrhunderts: Es gilt unsere gesamte Lebens- und

Wirtschaftsweise auf den Prüfstand zu stellen und ökologisch, wirtschaftlich und sozial „enkelgerecht“ umzubauen, lokal und global. Dabei müssen alle staatlichen Ebenen einschließlich der Kommunen, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft zusammenwirken. Dies kann nur durch ein strategisches, koordiniertes Handeln aller gesellschaftlichen Akteure geschehen – eine wirksame bayerische Nachhaltigkeitsstrategie ist unabdingbar.

International setzte bereits 2015 die „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ mit den zugehörigen UN-Nachhaltigkeitszielen einen globalen Standard für Nachhaltigkeit, der auch für Industrieländer wie Bayern verbindlich und unmittelbar handlungsleitend ist. Nach fünf Jahren ist die Welt insgesamt jedoch nicht auf dem Weg, die Ziele bis 2030 zu erreichen. Auch Deutschland und Bayern sind bei der Umsetzung der Agenda 2030 nicht so weit, wie sie sein müssten, um die Ziele fristgerecht zu erreichen. Der UN-Generalsekretär hat deshalb für die Jahre 2020 bis 2030 die Aktionsdekade zur Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung ins Leben gerufen und fordert alle Akteure auf, Tempo und Umfang der Umsetzungsbemühungen drastisch zu erhöhen. Die Coronakrise bedeutet einen großen Rückschlag für die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele und macht deshalb ein entschlossenes Handeln jetzt umso wichtiger.

Nachhaltigkeit ist eine Gemeinschaftsaufgabe für Gesellschaft, Wirtschaft und Staat. Es braucht die Expertise aller dieser Akteure sowie deren Unterstützung bei der praktischen Umsetzung. Am 6. Juni 2019 haben Bund und Länder eine gemeinsame Erklärung zur Nachhaltigkeit verabschiedet. Ein Kerngedanke der Erklärung ist, dass nachhaltige Entwicklung in Deutschland zu einem Gemeinschaftswerk wird, um gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern, Kommunen, Unternehmen und Initiativen aktiv zu werden. Der kürzlich zum Abschluss gebrachte Überarbeitungsprozess zur deutschen Nachhaltigkeitsstrategie hat gezeigt, welche Bereicherung die breite Beteiligung verschiedenster Akteure sein kann. Auch die bayerische Nachhaltigkeitsstrategie muss den Weg ebnen hin zu einem solchen Verständnis von Nachhaltigkeit als gesellschaftlichen Gemeinschaftswerk.

Gerade vor dem Hintergrund, dass Nachhaltigkeit nur unter der Mitwirkung vieler Akteure gelingen kann, bedarf es leistungsfähiger Strukturen und Prozesse, damit Nachhaltigkeit nicht nur als Bekenntnis auf dem Papier steht, sondern praktisch gelebt wird. Von allen Nachhaltigkeitsstrategien der deutschen Länder und des Bundes weist die bayerische mit den geringsten Institutionalierungsgrad auf. Bundesländer wie Baden-Württemberg und auch der Bund sind hier bereits deutlich weiter und haben Verfahren und Institutionen etabliert, um Nachhaltigkeit im staatlichen Handeln fest zu verankern. Dies umfasst etwa Nachhaltigkeitsprüfungen, Koordinierungsstrukturen und Beratungsgremien. Bayern muss hier dringend aufholen!